Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 12

Artikel: Deutsche Presse 1947
Autor: Fabian, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335736

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WALTER FABIAN

Deutsche Presse 1947

Im Anfang war nicht das Wort – im Anfang waren die Militärregierungen, die Zonengrenzen und der Mangel. Vier Militärregierungen mit vier verschiedenen Vorstellungen von den Aufgaben einer deutschen Presse, weiterhin variiert und abgewandelt von den Militärregierungen der einzelnen Länder jeder Zone, den Kommandanten der großen Städte und der Alliierten Kommandantur der Viersektorenstadt Berlin. Viel guter Wille, viel Mißverstehen, viel Gegeneinander, statt Miteinander. Die Zonenteilung verschärfte die Mißverständnisse und das Gegeneinander und lähmte den guten Willen. Und Mangel herrschte an allem: an brauchbar gebliebenen Gebäuden; an Mobiliar, technischer Ausrüstung, Glühbirnen und Druckmaschinen; an Papier und noch einmal an Papier; an Nachrichtenübermittlung und an Devisen, um Mitarbeiter außerhalb Deutschlands zu gewinnen; an Verkehrsmitteln; und last not least an geübten Journalisten und Redakteuren.

Dies alles war am Anfang, und das meiste davon gilt heute noch. Alles, was da ist, existiert *trotzdem*. Aber was zum Beispiel nicht existiert, sind Tageszeitungen: die gibt es, von Berlin abgesehen, in Deutschland nicht. Zeitungen erscheinen einmal, zweimal, höchstens dreimal in der Woche: vier, sechs, manchmal acht Seiten stark, die Inserate (eine Fülle von kleinen Anzeigen) eingerechnet. Auf diesen paar Seiten steht alles, was berichtet werden muß: aus der Welt, aus den vier Zonen, aus dem Lande oder Ländchen, aus der Stadt und den umliegenden Ortschaften – Politik, Wirtschaft, Kulturelles, Sport, Feuilleton, Lebensmittelversorgung, Morde und Unfälle, Vermischtes aus aller Welt – wie viel oder wie wenig Raum unter solchen Bedingungen bleibt, um auch meinungsbildend zu wirken, kann man sich vorstellen. An einer Pressetagung, die vor einigen Monaten für die amerikanische Zone in Koburg stattfand, erklärte Eric Reger, Redakteur des Berliner «Tagesspiegels»: «Außerhalb Berlins gibt es keine Tageszeitungen; solange die Verhältnisse so liegen, kann nicht von einer deutschen Presse gesprochen werden.» Er hat so unrecht nicht.

Und doch ist all dies nur die eine Seite des Bildes, das uns die deutsche Presse Ende 1947, etwas mehr als zwei Jahre nach ihrer Wiederauferstehung, bietet. Auf der andern Seite ist zunächst auf das ungeheure *Lesebedürfnis* zu verweisen. Die Zeitungen erscheinen in hohen Auflagen und müssen doch Zehntausende oder Hunderttausende von Abonnenten abweisen. Man könnte

meinen, dieses Interesse gelte bei vielen in erster Linie oder ausschließlich dem, was man für das tägliche Leben wissen muß. Aber das ist nicht so. Nehmen wir als Beispiel den «Rheinischen Merkur», eine in Koblenz erscheinende Wochenzeitung, in der man nun nichts über Lebensmittelaufruf oder Gassperrstunden, dafür aber um so mehr grundsätzliche Betrachtungen über Föderalismus oder andere Staatsprobleme findet. Diese Zeitung mußte kürzlich mitteilen, daß sie wegen Papiermangels 60 000 Abonnenten gekündigt und mehr als 400 000 Neubestellungen unberücksichtigt gelassen habe ... Fast jede Zeitung könnte mit ähnlichen Zahlen aufwarten! Und dabei wächst die Zahl der Zeitungen ständig: die amerikanische Militärregierung führt ihr Programm, in jeder Stadt von mindestens 20 000 Einwohnern mindestens eine Zeitung erscheinen zu lassen, konsequent durch; in der russischen Zone haben Dresden, Halle, Leipzig, Potsdam, Schwerin und Weimar je zwei bis drei Zeitungen, Städte wie Altenburg, Bautzen, Freiberg, Zwickau usw. eigene Zeitungen mit einer Reihe von Kreisausgaben für die Umgebung, und auch in der britischen und französischen Zone ist die Zahl der Zeitungen im letzten Jahre erheblich gewachsen. Von einer auch nur annähernden Befriedigung des Lesehungers ist man aber noch weit entfernt.

Wie stehen die Deutschen zu ihrer heutigen Presse? Daß ihre Haltung nicht so ablehnend ist, wie man nach dem zwölfjährigen Mißbrauch allen bedruckten Papiers und angesichts der Tatsache der militärischen Einschränkungen der Pressefreiheit befürchten konnte, ergibt sich schon aus dem eben Gesagten. Zweifellos wappnen sich viele vor jeder Zeitungslektüre von neuem mit Mißtrauen und Skepsis; aber das Bedürfnis, informiert zu werden, erweist sich doch als stärker. Und die wahre Flut von zustimmenden oder kritischen Leserbriefen, die jeden Tag bei jeder Redaktion einlaufen, beweisen, daß eine Resonanz da ist. Sie offenbart sich auch in der starken Beteiligung an «*Abstimmungen*», die einzelne Zeitungen in ihrem Leserkreis veranstalteten. Abstimmungen zum Beispiel über die Frage: Parteipresse oder überparteiliche Presse?

Damit sind wir bei einem der wichtigsten und interessantesten Probleme der heutigen deutschen Presse angelangt. Es ist ein spezifisch deutsches Problem; in einer Demokratie mit Tradition und Erfahrung stände die Frage natürlich in dieser Form gar nicht. In Deutschland aber konnte man sehr wohl die Frage aufwerfen, ob es überhaupt richtig sei, sofort nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die alten Parteien wieder zuzulassen und ihnen sogar noch ein Monopol zu geben; es gibt viele, die diesen Entschluß für einen Fehler halten. Daß er zustande kam, ist weitgehend ein Ergebnis der Spannungen zwischen den vier Besetzungsmächten. Die Frage der Presse

aber wurde in den vier Zonen verschieden geregelt: In der russischen gibt es nur Parteizeitungen, und zwar nur für die zugelassenen drei Parteien (Sozialistische Einheitspartei, Christlich-Demokratische Union, Liberal-Demokratische Partei); in der britischen Zone gibt es vorläufig überwiegend Parteizeitungen, aber den Herausgebern und Redakteuren ist eine gewisse Unabhängigkeit von den Parteiinstanzen gesichert und vorgeschrieben; in der französischen Zone gab es ursprünglich nur überparteiliche Blätter (in deren Redaktionen seit Zulassung der Parteien meist je ein Vertreter jeder Partei sitzt), seit diesem Jahr aber daneben auch Parteiorgane; in der amerikanischen Zone schließlich gibt es nur lizenzierte Zeitungen, die von Lizenzträgern, die nur von der Militärregierung eingesetzt und abberufen werden können, herausgegeben und redigiert werden; die Zulassung von Parteizeitungen steht, von kleinen Mitteilungsblättern abgesehen, in der amerikanischen Zone noch nicht in Aussicht.

Wir sagten schon, dies sei ein spezifisch deutsches Problem. In jeder alten Demokratie würde man über Zeitungen, in denen – wie in der französischen Zone vor allem – auf sorgfältig abgeteiltem Raum jede der vier Parteien zu Worte kommt, mitleidig oder höhnisch lächeln, und an die Objektivität und Überparteilichkeit von Lizenzträgern würde man ganz gewiß auch nicht glauben. In Deutschland hingegen mag die überparteiliche Zeitung vielen als das kleinere Übel gelten, zumal so lange, wie an die Erreichbarkeit mehrerer Zeitungen für niemanden, der außerhalb Berlins wohnt, zu denken ist. In der Tat haben die erwähnten Abstimmungen, so vorsichtig man ihr Ergebnis auch werten muß, eine weitverbreitete Ablehnung der Parteipresse und eine mindestens bedingte Bejahung der überparteilichen Presse erkennen lassen. So antworteten in München auf eine Umfrage der «Süddeutschen Zeitung»: «Ziehen Sie eine überparteiliche Zeitung einer Parteizeitung vor?» nicht weniger als 25 754 Leser, und von diesen entschieden sich 23 327 oder 90,5 Prozent für die überparteiliche Zeitung. Ähnlich stimmten bei einer entsprechenden Rundfrage der «Schwäbischen Donauzeitung» (Ulm) 90,8 Prozent «für die Beibehaltung der gegenwärtigen überparteilichen Presse», und auch zusätzlich wünschten nur 16,8 Prozent der Gefragten daneben eine Parteizeitung, während 82,5 Prozent sie ausdrücklich ablehnten. Bei einer Abstimmung der «Wetzlarer Neuen Zeitung» beantworteten 93,8 Prozent die Frage, ob das Blatt seine Verpflichtung als überparteiliche Zeitung erfülle, mit Ja; auf die weitere Frage: «Wäre Ihnen eine ausgesprochene Parteizeitung lieber?» antworteten 96,4 Prozent mit Nein. Interessant ist auch, daß bei einer Abstimmung des Sozialpsychologischen Instituts in Baden-Baden, die sich nach Gallup-Methode auf Personen aller Altersklassen, Berufe

usw. erstreckte, von 1600 Befragten nur 158, also knapp ein Zehntel, von den Zeitungen «mehr Objektivität» forderten.

Es scheint also, daß gerade der aktivere Teil der Leserschaft, der sich auch an solchen Umfragen beteiligt, der Ansicht ist, die deutschen Zeitungen würden heute – im Rahmen des ihnen Möglichen – ihren Aufgaben gerecht. Dazu mag viel beitragen, daß die Presseoffiziere der Militärregierungen vielfach Leute vom Fach sind, die für die schwierige Situation der deutschen Redakteure, die sie als Berufskollegen ansehen, Verständnis haben. So beschränkt sich etwa bei den Amerikanern die Kontrolle auf einige wenige Grundsätze, von denen der wichtigste – die strenge Trennung von Nachricht und meinungsbildendem Kommentar – durchaus gesund ist. Auch die Verpflichtung, bei jeder Nachricht die Quelle exakt anzugeben und das Verbot, Artikel von Mitarbeitern umzuschreiben, kann nur begrüßt werden. Die Gegensätze zwischen den Alliierten dürfen in der Presse aller vier Zonen seit langem sehr eingehend und deutlich dargestellt werden; man hat, wenn man deutsche Zeitungen liest, eher das Gefühl, daß diesem Thema zu viel Raum gegeben werde. Zur Propaganda für die «eigene» Militärregierung oder die Besetzungsmacht als solche wurde die Presse bisher offenbar nicht gezwungen (daß sie es in der russischen Zone vielfach aus Überzeugung tut, steht auf einem andern Blatt); wieweit sich dies jetzt, angesichts des amerikanischen Feldzugs gegen den Kommunismus, ändern wird, bleibt abzuwarten – vorläufig sahen wir mit Freude in einer Zeitung der amerikanischen Zone, der «Fränkischen Presse» (Bayreuth), eine Karikatur, die mit den Worten: «Aufpassen, sonst kocht der Faschismus sein Süppchen mit!» vor den Gefahren dieses amerikanischen Propagandafeldzuges warnt. In der wohl besten Zeitung der amerikanischen Zone – der «Frankfurter Rundschau» – werden stets in vorbildlicher Weise die verschiedenen Ansichten der beiden Antipoden wiedergegeben, so etwa in der Nummer vom 25. November in gleicher Ausführlichkeit die Kritik Sokolowskis im Kontrollrat und Clays Antwort darauf. Solche Berichterstattung allein kann allmählich Vertrauen schaffen und zur Urteilsfähigkeit erziehen.

Am schwierigsten wird die Stellung deutscher Redakteure und Journalisten natürlich dann, wenn es gilt, zu unmittelbaren Bedrückungen durch die Militärregierungen Stellung zu nehmen; denken wir etwa an Wohnungsbeschlagnahme in ganzen Quartieren oder ähnliches. Zu solchen Vorgängen, die in das Leben von Hunderten oder Tausenden verhängnisvoll eingreifen, zu schweigen, erscheint unmöglich; zu ihnen etwas zu sagen, wird aber nicht nur durch die Zensur erschwert, sondern auch dadurch, daß unter solchen materiellen und psychischen Lebensbedingungen, wie sie im heutigen Deutsch-

land herrschen, selbst ein leises und wohlüberlegtes Wort Lawinen auslösen kann. Das sind innere Konflikte, die in einer so ungesunden Atmosphäre, wie jede militärische Besetzung samt den Nachwirkungen der Goebbelszeit sie mit sich bringen muß, gar nicht sauber gelöst werden können. Auch hier ist wohl der einzige Ausweg, die verschiedenen Standpunkte – etwa der Militärregierung und der deutschen Bevölkerung – möglichst objektiv nebeneinander darzustellen. In diesem Sinne scheint uns das jüngste Experiment der britischen Besatzung – zunächst versuchsweise in Niedersachsen in allen Zeitungen in Inseraten unter dem Motto «Hier schreibt die Militärregierung» ihre Ansicht zu bestimmten Fragen zu publizieren – gar nicht so falsch, vor allem, wenn das Versprechen «gegen eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Inhalt dieser Veröffentlichungen sei nichts einzuwenden, sie sei im Gegenteil willkommen» in allen Fällen gehalten wird. Dann weiß der Leser, wer jeweils zu ihm spricht, er kann sich selbst seine Meinung bilden, weil er von beiden Seiten informiert und dokumentiert ist. Daß es sich um eine freie Presse im wahren Sinne des Wortes im besetzten Deutschland heute nicht handeln kann, weiß natürlich ohnehin jeder denkende Deutsche; wichtiger ist, daß es auch die einsichtigen Vertreter der Besetzungsmächte wissen. In diesem Sinne diente es der Klarstellung der Situation, daß auf der eingangs erwähnten Koburger Pressetagung einer der amerikanischen Redner, der Zeitungsverleger Eugen Meyer aus Washington, erklärte: «Es wäre nicht ganz sachgemäß, von der Presse im heutigen Deutschland als einer freien Presse zu sprechen. Das ist sie nicht. Sie ist nur eine Presse, die auf dem Wege zur Freiheit ist.»

Die Hindernisse, die auf diesem Wege zur Freiheit überwunden werden müssen, werden allerdings nicht nur von den materiellen Schwierigkeiten und von den Besetzungsmächten aufgetürmt. Sie stammen auch von den Deutschen selbst, kurz gekennzeichnet durch die weitverbreitete *Abneigung gegen Kritik*. Dieser Punkt ist sehr ernst zu nehmen. Der Deutsche war, im Gegensatz etwa zum Engländer oder Franzosen, niemals für andere Meinungen, die der seinen entgegenstanden oder gar ihn oder sein Volk kritisierten, wirklich aufgeschlossen; durch das Naziregime ist die Bereitschaft, auch andere Ansichten anzuhören oder sogar zu überdenken, natürlich erst recht dahingeschwunden. Kein Argument ist zu schlecht, um einem unbequemen Kritiker das Handwerk zu legen. Das beginnt beim Theater oder Konzert; in einer ganzen Serie von künstlich aufgebauschten «Fällen» haben Theaterdirektoren, Dirigenten, Schauspieler usw. auf eine schlechte Kritik nicht nur «sauer», sondern mit Brachialgewalt reagiert, wobei fast regel-

mäßig das «Argument», der fünfundzwanzig- oder dreißigjährige Rezensent sei noch viel zu jung, eine wesentliche Rolle spielt.

Das beginnt beim Theater, sagten wir, aber es endet dort nicht. In verschiedenen Länderparlamenten, so vor allem in Bayern, Hessen und Nordwürttemberg-Baden, sind ernste Vorstöße für eine Art «Abstufung» der Pressefreiheit, für Ausschließung kritischer Journalisten von den Pressekonferenzen, für bevormundende Informierung der Presse oder für besondere Gesetze zum Schutz der Herren Minister und Beamten unternommen worden. Das kann hier im einzelnen nicht berichtet werden; es muß die Versicherung genügen, daß es sich um praktisch und prinzipiell (weil so sehr dem deutschen Volkscharakter entsprechend) sehr ernst zu nehmende Versuche handelt, die Pressefreiheit schon wieder zu drosseln oder zu ersticken, ehe sie sich noch recht entfalten konnte. Erfreulicherweise gibt es auch deutliche Reaktionen darauf. Sehr treffend schrieb etwa der politische Redakteur des «Darmstädter Echos» zu diesen Versuchen: «Wofür halten die politischen Würdenträger sich eigentlich? Schon sind sie immun, wie sich das in jedem geordneten Volksstaat gehört. Wollen sie auch noch tabu werden, wie ihre unrühmlichen Vorgänger im Dritten Reich?» Und auch jenes Hamburger Senators Borgner sei gedacht, der auf den Vorschlag, er möge nach den Pressekonferenzen den Journalisten Communiqués überreichen, «um Pannen zu vermeiden», erwiderte: «Ich bin ganz anderer Auffassung. Natürlich kommen Fehler vor. Es gibt kluge und weniger kluge Journalisten. Es gibt aber auch kluge und dumme Senatoren. Kritik an der Verwaltung ist noch lange keine Panne. Wer im politischen Leben steht, muß stündlich damit rechnen, daß er auch kritisiert wird. Ich halte das für richtig und durchaus gesund.»

Noch ernster, wenn möglich, wird dieses Problem, wenn es darum geht, deutsche Selbstkritik – an der Vergangenheit und an der Gegenwart – zu üben. In jeder deutschen Redaktion häufen sich die Briefe, in denen auf verschiedene Art – von der freundlichen Ermahnung bis zur sehr massiven Drohung – darum ersucht wird, nicht «das eigene Nest zu beschmutzen», nicht «den Feinden Material zu liefern» usw. Das sind die gleichen Töne, die wir nach 1918 vernahmen und die damals so verhängnisvoll alle andern Stimmen zum Schweigen oder doch zur Einflußlosigkeit verdammten. Kein Zweifel, daß es ohne die Besetzungsmächte heute wieder so käme. Allen Respekt aber verdienen jene Redakteure und Journalisten – wir könnten glücklicherweise eine ganze Reihe nennen –, die ihre wichtigste Aufgabe darin erblicken, die Deutschen zur Einsicht in Ursachen und Zusammenhänge und damit zum

rechten Verständnis der heutigen deutschen Situation und zu wirklich überlegten Schlußfolgerungen zu erziehen.

Ein Moment, das den deutschen Publizisten ihre Bemühungen unendlich erschwert, darf dabei nicht übersehen werden. Auf der Koburger Pressetagung war dem Chefredakteur der «Neuen Württembergischen Zeitung», Dr. Harzendorf, das Vortragsthema gestellt: «Wie sieht die deutsche Presse das Ausland?»; nicht ganz zu Unrecht bemerkte er einleitend, es habe ihm die Antwort auf der Zunge gelegen: «Sie sieht es überhaupt nicht!» Die *geistige Isolierung*, in der sich die Deutschen noch immer befinden, ist natürlich für keinen Berufsstand so hinderlich, ja verhängnisvoll wie für jene, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, geistige Brücken zu schlagen und um Verständnis für die Situation der andern Völker zu werben. Wenn auf jener Koburger Tagung ein amerikanischer Chefredakteur die Frage aufwarf, wieviele von den anwesenden deutschen Zeitungsleuten wohl überhaupt wüßten, wie gering heute Brotration und Brotqualität in Frankreich, oder wie groß der Mangel an allem in England sei, so ist das im Grunde eine sehr schwere Anklage gegen die alliierte Pressepolitik in Deutschland! Gewiß, der Deutsche *will* vielfach nicht wissen, wie groß die Not auch in vielen andern Ländern Europas und Asiens ist, aber man hat auch fast nichts dazu getan, es ihm bewußt zu machen oder auch nur zur Kenntnis zu bringen! Wenn selbst die eigenen Organe der Militärregierungen – etwa die «Neue Zeitung» in München oder die «Welt» in Hamburg – nicht einen Dollar oder ein Pfund zur Verfügung haben, um eine ausländische Zeitung zu abonnieren, einen ausländischen Mitarbeiter oder Korrespondenten zu entschädigen, ein ausländisches Feuilleton zum Nachdruck zu erwerben oder gar einem Redakteur eine Auslandsreise zu ermöglichen, dann weiß man, daß diese Redaktionen und erst recht die der andern Blätter ihre Aufgabe einfach nicht erfüllen können. Es ist wahrlich an der Zeit, hier Abhilfe zu schaffen; die privaten Bemühungen – gerade auch aus der Schweiz – können dieses Problem, das ja mit der wachsenden Zahl der deutschen Zeitungen immer größer wird, nicht lösen, so wichtig und nützlich auch jede Zeitung oder Zeitschrift ist, die auf solche Weise «aus der Welt» nach Deutschland gelangt.

Die Verantwortung, die der deutschen Presse heute und erst recht in der Zukunft zufällt, ist sehr groß. Es war kaum eine Übertreibung, als einer der amerikanischen Redner auf der mehrfach erwähnten Koburger Tagung die deutschen Zeitungsleute als «die bedeutendsten Männer in Deutschland» bezeichnete und hinzufügte: «So viel hängt von Ihnen ab! Wenn Sie Ihre Aufgabe richtig erfüllen, so leisten Sie einen gewaltigen Beitrag nicht nur für Deutschlands Zukunft, sondern auch für die Zukunft Europas und der ganzen

Welt!» Mit Recht wurde dort wiederholt der große Anteil der deutschen Presse an der verhängnisvollen Entwicklung der deutschen Politik von Bismarck über Wilhelm II. zu Hitler hervorgehoben. Ganz richtig wurden «Objektivität, Fairneß, Aufgeschlossenheit, Unabhängigkeit und Furchtlosigkeit, Verantwortlichkeit, Integrität und Hingabe an die Wahrheit» als wichtigste Eigenschaften des Publizisten genannt. Sehr treffend wurden auch die besondern innenpolitischen Pflichten einer deutschen Presse umrissen: «Sie müssen dem deutschen Volk die Erkenntnis der Tatsachen vermitteln, deren es bedarf, um sich selbst in klarer Überlegtheit zu regieren. Und Sie müssen auf der Wacht sein, um das Volk zu schützen gegen jeden Versuch, der wieder gemacht werden könnte, den Machtbereich der Regierung in gefahrdrohender Weise auszudehnen, gegen jeden Versuch, ihr alle Kontrolle zu überlassen, statt sie selbst unter Kontrolle zu halten. Sie müssen die Sturmglocke sein, die ihr Volk bewußt erhält für den Wert seiner eigenen Freiheiten.»

Das sind in der Tat entscheidende Aufgaben und Verpflichtungen der freien Presse jedes Landes – und ganz besonders in unserer Zeit und in Deutschland. Vieles hängt davon ab, ob die deutsche Presse aus eigener Kraft, aber auch mit der Hilfe einsichtiger Kreise in andern Ländern und in Deutschland selbst, so gut wie irgend möglich diese Funktion wird zu erfüllen vermögen.